




Curia Vista - Geschäftsdatenbank

10.517 – Parlamentarische Initiative

Einschränkung von Mandaten von ehemaligen Bundesräten und Bundesrätinnen

Eingereicht von	 Leutenegger Oberholzer Susanne
Einreichungsdatum	09.12.2010
Eingereicht im	Nationalrat
Stand der Beratung	Von beiden Räten behandelt

Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und auf Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reiche ich folgende parlamentarische Initiative ein:

Es sind die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die sicherstellen, dass aus dem Amt ausscheidende Bundesräte und Bundesrätinnen nach Aufgabe des Amtes keine bezahlten Mandate bzw. Leitungsfunktionen in Wirtschaftsunternehmen annehmen, deren Tätigkeiten in einem engen Zusammenhang mit der früheren bundesrätlichen Tätigkeit stehen und/oder die in nennenswertem Umfang Aufträge des Bundes oder von bundesnahen Unternehmungen erhalten. Diese Funktionseinschränkung ist für mindestens zwei Jahre vorzusehen.

Begründung

In jüngster Zeit haben wirtschaftliche Mandate von ehemaligen Bundesrätinnen und Bundesräten für Aufsehen gesorgt. Zu erinnern ist an das Verwaltungsratsmandat von Joseph Deiss bei Emmi, das Verwaltungsratspräsidium von Kaspar Villiger bei der UBS oder die geplante Verwaltungsratsfunktion von Moritz Leuenberger als Verwaltungsrat beim Baudienstleistungsunternehmen Implenia.

Wirtschaftliche Mandate bzw. Funktionen von ehemaligen Bundesrätinnen und Bundesräten stossen in der Bevölkerung vielfach auf Unverständnis. Das gilt insbesondere für Tätigkeiten, die in einem engen Zusammenhang mit der früheren Amtstätigkeit eines Bundesrates oder einer Bundesrätin stehen bzw. bei Unternehmungen erfolgen, die Aufträge des Bundes bzw. seiner Unternehmungen erhalten.

Das schadet dem Ansehen der politischen Institutionen, schwächt deren Glaubwürdigkeit und weckt den Verdacht des "Filzes". Es besteht auch real die Gefahr von Interessenskonflikten. Die Unabhängigkeit der Mitglieder des Bundesrats darf auch nicht dem Anschein nach gefährdet sein.

Dokumente

- [Stellungnahme des Bundesrates 03.07.13 \(BBi 2013 6559\)](#)
- [Bericht SPK-NR 03.05.13 \(BBi 2013 5215\)](#)
- [Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen](#)
- [Medienmitteilungen](#)
- [Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle](#)

Chronologie / Wortprotokolle

Datum	Rat
01.04.2011	SPK-NR Der Initiative wird Folge gegeben.
28.06.2011	SPK-SR Zustimmung.

Entwurf 1

Bundesgesetz über die Karenzfrist für ehemalige Bundesratsmitglieder und oberste Kader der Bundesverwaltung
(Änderung des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes und des Bundespersonalgesetzes)

Datum	Rat
18.09.2013	NR Beschluss abweichend vom Entwurf der Kommission.
03.03.2014	SR Nichteintreten.

Behandelnde Kommissionen

- ↳ Staatspolitische Kommission NR (SPK-NR)
- ↳ Staatspolitische Kommission SR (SPK-SR)

Behandlungskategorie NR

IIIb

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (29)

Aubert Josiane Bänziger Marlies Bernasconi Maria Carobbio Guscetti Marina Daguet André Frösch Therese
Gilli Yvonne Goll Christine Gross Andreas Heim Bea Hodggers Antonio Ingold Maja Lachenmeier-Thüring Anita
Lang Josef Leuenberger Ueli Maire Jacques-André Müller Geri Nordmann Roger Rennwald Jean-Claude
Rielle Jean-Charles Rossini Stéphane Schenker Silvia Sommaruga Carlo Steiert Jean-François
Streiff-Feller Marianne Teuscher Franziska Thanei Anita Weibel Thomas Zisyadis Josef

Deskriptoren: Hilfe

Regierungsmitglied Rücktritt Unvereinbarkeit Interessenkonflikt Moratorium Verwaltungsrat Unternehmensleitung

Ergänzende Erschliessung:

04;alt Bundesrat

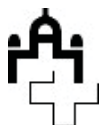
Zuständig

- ↳ Bundeskanzlei (BK)

Konnexe Geschäfte

- ↳ 10.511

Sie sind hier: Das Schweizer Parlament > Suche > **Geschaefte**



Curia Vista - Geschäftsdatenbank

11.022 – Geschäft des Bundesrates

Bürgerrechtsgesetz. Totalrevision

Einreichungsdatum	04.03.2011
Stand der Beratung	Von beiden Räten behandelt

Botschaft vom 4. März 2011 zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das Schweizer Bürgerrecht (BBl 2011 2825)

Dokumente

- [Botschaft des Bundesrates 04.03.11 \(BBl 2011 2825\)](#)
- [Zusammenfassung Botschaft / Bericht und Beratungen](#)
- [Medienmitteilungen](#)
- [Anträge, Fahnen](#)
- [Amtliches Bulletin - die Wortprotokolle](#)

Chronologie / Wortprotokolle

Entwurf 1

Bundesgesetz über das Schweizer Bürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz, BÜG)

Datum	Rat	
13.03.2013	NR	Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.
16.09.2013	SR	Beginn der Diskussion
19.09.2013	SR	Fortsetzung (bis und mit Artikel 32 behandelt).
25.09.2013	SR	Abweichend.
26.11.2013	NR	Abweichend.
10.03.2014	SR	Abweichend.

Behandelnde Kommissionen

- [Staatspolitische Kommission SR \(SPK-SR\)](#)
- [Staatspolitische Kommission NR \(SPK-NR\)](#)

Behandlungskategorie NR

IIIa

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Deskriptoren: [Hilfe](#)

[Bürgerrecht](#) [Gesetz](#) [Einbürgerung](#) [Ausländer/in](#) [Integration der Zuwanderer](#) [Niederlassungsrecht](#) [Aufenthalt von Ausländern/-innen](#)
[Kanton](#) [Gemeinde](#) [Verfahrensrecht](#) [Datenübertragung](#)

Ergänzende Erschliessung:

2811;Nichtigerklärung